

Forscherin deckt Zwangssterilisationen an Schweizerinnen durch Nazis auf

Basler Historikerin Das Dritte Reich machte Menschen im Namen der Rassenhygiene gegen ihren Willen unfruchtbar. Opfer gab es auch hierzulande, wie Sophie Küsterling herausfand.

Benno Tuchschnid

Am 6. Januar 1935 schreibt der Schweizer Heinrich Egli einen verzweifelten Brief an ein Gericht im süddeutschen Lörrach. Es geht um seine 35-jährige Tochter Ida. «Ich betone ausdrücklich, dass ich nicht damit einverstanden bin, ebenso wenig meine Tochter Ida, dass die Unfruchtbarmachung vorgenommen wird.» Jede Handlung gegen den Willen seiner Person als Vater und Vormund sowie gegen den Willen seiner Tochter werde er «der Schweizer Regierung unterbreiten».

Die NS-Behörden wollen Ida Egli damals zwangssterilisieren. Sie ist seit ihrer Geburt geistig beeinträchtigt. Egli wächst als Auslandschweizerin im deutschen Hauingen auf, wenige Kilometer von der Basler Gemeinde Riehen entfernt.

Doch mit der Machtergreifung Hitlers ändert sich ihr Leben. Der deutsche Diktator hatte bereits in «Mein Kampf» angekündigt, der Staat müsse «dafür Sorge tragen, dass Kinder nur zeugt, wer gesund ist; dass es nur eine Schande gibt: bei eigener Krankheit und eigenen Mängeln dennoch Kinder in die Welt zu setzen».

Aus der Theorie wird im Dritten Reich Praxis.

Grösstes Eugenikprogramm aller Zeiten

1934 tritt das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses in Kraft. Es listet vermeintliche Erbkrankheiten auf, die eine Sterilisierung bedingen – und bildet die Grundlage für das grösste Eugenikprogramm aller Zeiten. Als Eugenik bezeichnet man eine pseudowissenschaftliche Bewegung, die zum Ziel hatte, genetische Eigenschaften von Menschen durch Zucht und andere Eingriffe zu «verbessern». Über 350'000 Personen werden im Dritten Reich unter dem Vorwand der «Rassenhygiene» unfruchtbar gemacht.

Bei Ida Egli stellt das lokale Erbgesundheitsgericht eine sogenannte «erbliche Fallsucht» fest, eine Form von Epilepsie – und ordnet die Zwangssterilisierung an.

Doch ihr Vater setzt alles in Bewegung, um seiner Tochter zu helfen.

Dass man sich heute überhaupt an Ida Egli erinnert, ist der Forschungsarbeit der Historikerin Sophie Küsterling zu verdanken. Sie zeigt in einem kürzlich publizierten Artikel zum ersten Mal auf, dass auch Schweizer Bürgerinnen und Bürger in die Eugenikprogramme der Nationalsozialisten geraten waren. Küsterling ist Doktorandin an der Universität Luzern sowie Forschungs- und Lehrassistentin an der Fernuni Schweiz.

Sie fand 31 Fälle in deutschen und Schweizer Archiven. Die Dunkelziffer ist gross. Küsterling rechnet mit Dutzenden weiteren Fällen.

Die Opfer waren in Deutschland lebende Auslandschweizer. Sie stammten mehrheitlich aus



Die Historikerin Sophie Küsterling sagt: «Die Schweiz entschied sich, selektiv zu helfen.» Foto: Nicole Pont



Ein Propagandaposter des «Rassenpolitischen Amtes» der NSDAP aus dem Jahr 1937 hetzt gegen «Erbkranke». Foto: Wikipedia

einfachen Verhältnissen, hatten eine psychiatrische Diagnose oder eine kognitive Beeinträchtigung.

Die Schweiz hätte durchaus Handlungsspielraum gehabt

Was taten die Schweizer Behörden, um ihre vulnerablen Bürgerinnen zu schützen? «Nicht viel», sagt Sophie Küsterling. «Die Schweiz entschied sich, selektiv zu helfen. Die Behörden schauten sich den Einzelfall an – und entschieden dann, ob die Betroffenen der Hilfe würdig waren oder nicht. Dabei spielten auch charakterliche und moralische Bewertungen eine Rolle.»

Wehrten sich die Betroffenen nicht gegen eine Sterilisierung,

blieben auch die Schweizer Diplomaten untätig.

Küsterling sagt: «Die allermeisten wollten sich nicht sterilisieren lassen, aber mangels Alternativen und konkreter Hilfestellung der Schweizer Behörden mussten sie einwilligen, um bei ihrer Familie in Deutschland bleiben zu können. Dass die Bundesbeamten und Diplomaten diese Einwilligung dann als freiwillig interpretierten, ist für mich aus heutiger Sicht sehr schwierig nachzuvollziehen.»

Dabei hätte die Schweiz durchaus Handlungsspielraum gehabt. Die deutschen Behörden erlaubten Betroffenen mit ausländischem Pass die Ausreise – und verzichteten im Gegen-

zug auf die Zwangssterilisierung. Die Schweizer Behörden zeigten daran wenig Interesse.

In einem Fall plädierte der Chef der Polizeiabteilung im Eidgenössischen Justizdepartement, Heinrich Rothmund, dafür, der Sterilisierung eines Schweizer Bürgers «ihren Lauf zu lassen», da er der betroffenen Schweizer Heimatgemeinde keinen «Dauer-Armenfall» zumuten wollte.

«Nicht das Dümme, was im Dritten Reich gemacht wird»

Laut Küsterling gründet diese Haltung auch darin, dass eugenisches Gedankengut in der Schweiz weitverbreitet war.

So schrieb 1934 Franz Kapeler, ein hoher Beamter im Schweizer Aussenministerium, dass «die Sterilisation Abnormaler nicht das Dümme ist, was im Dritten Reich gemacht wird». Ein anderer Bundesangestellter sagte, eine Aufnahme von Schweizer Bürgern sei nicht der richtige Weg, weil Heimatgemeinden dadurch gezwungen würden, «den Krüppel dauernd auf ihre Kosten zu versorgen».

In der Schweiz wurden vom Ende des 19. Jahrhunderts bis Mitte des 20. Jahrhunderts Tausende Menschen sterilisiert. 1928 führte der Kanton Waadt das europaweit erste Zwangssterilisationsgesetz ein.

Küsterling sagt: «Eugenisches Gedankengut war in der Schweiz nicht per se umstritten. Wenn, dann stiessen sich die Schweizer Beamten daran, dass die Nazis ihre Opfer auch gegen deren Willen sterilisierten.»

Im Fall von Ida Egli setzten sich die Behörden tatsächlich für die junge Frau ein. Sogar Bundesrat Giuseppe Motta intervenierte. Die Beamten beschrieben Egli als «brav, fleissig, sauber und allgemein beliebt». Die Schweizer Diplomaten argumentierten gegenüber dem Dritten Reich, dass Eglis Krankheit nicht vererbbar sei und eine Operation wegen ihrer «schwächlichen Konstitution» lebensgefährlich wäre. Auch legte man den deutschen Behörden dar, dass sie kein Interesse an Männern habe – und deshalb eine Sterilisierung nicht vonnöten sei.

Erfolg hatten die Interventionen zugunsten von Ida Egli nicht. Die deutschen Behörden stellten sie vor die Wahl: Sterilisierung oder Zwangsausweisung. Am 6. Januar 1936 wurde sie im städtischen Krankenhaus Schopfheim unfruchtbar gemacht.

Nach dem Krieg konnten Schweizer Opfer bei der «Kommission für Vorauszahlungen an schweizerische Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung» ein Gesuch stellen. Ida Egli bekam keine Entschädigung. Begründung: Die Zwangssterilisierung könne nicht auf die gleiche Stufe wie nationalsozialistische Verfolgungsmassnahmen gestellt werden. Ausserdem wollten die Behörden verhindern, dass weitere Betroffene von der Möglichkeit auf Entschädigung erfahren – aus finanziellen Gründen.

Kampagne für Bargeldinitiative offiziell lanciert

Zahlungsmittel Die Schweizer Stimmenden entscheiden im März, ob und wie die Versorgung des Landes mit Bargeld in der Verfassung verankert werden soll. Abgestimmt wird über die Bargeldinitiative und einen direkten Gegenvorschlag.

Am Dienstag wurde die Initiative Bargeld ist Freiheit in Bern vor den Medien lanciert. Die Initiative und der direkte Gegenvorschlag kommen am 8. März an die Urne. Angestossen wurde sie von der Freiheitlichen Bewegung Schweiz (FBS), politisch getragen von der Gruppierung Schweiz-macher.ch.

Wer es will, soll überall mit Bargeld zahlen können, wie die FBS schreibt. Der Bund soll dafür sorgen, dass genügend Banknoten und Münzen verfügbar sind. Zudem soll der Franken geschützt werden. Volk und Stände müssten zustimmen, sollte er durch eine andere Währung ersetzt werden. (SDA)

Allianz startet Referendum gegen Rüstungsexporte

Waffen Eine Allianz mit SP, Grünen, EVP, Armeegegnern und NGOs hat am Dienstag ein Referendum lanciert gegen das vom Parlament gelockerte Kriegsmaterialgesetz. Gestern stellte das Komitee das Referendum in einer Pressekonferenz vor. Damit das Stimmvolk darüber abstimmen kann, braucht es bis zum 17. April 50'000 Unterschriften.

Im Dezember hatten die eidgenössischen Räte mit Rücksicht auf Schweizer Rüstungsbetriebe die Exportregeln für Kriegsmaterial aufgeweicht – mit 122 zu 68 Stimmen bei 6 Enthaltungen im Nationalrat und 31 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung im Ständerat. Schon damals kündigte die Gegnerschaft an, die als «Lex Rüstungsindustrie» bezeichnete Reform bekämpfen zu wollen. Sie schreibt, Exporte von Schweizer Kriegsmaterial an Bürgerkriegsländer und Unrechtsregimes müssten verhindert werden. (SDA)

Denner-Filialen zurzeit ohne Feldschlösschen

Alkohol In Filialen von Denner fehlen derzeit Produkte der Brauerei Feldschlösschen. Ursache ist kein Produktionsproblem, sondern ein Preisstreit zwischen der Migros-Gruppe und der Brauerei aus Rheinfelden, wie der «Blick» berichtet. Weil sich die Parteien nicht auf Konditionen einigen konnten, beliefert Feldschlösschen Denner, Migrolino und weitere Migros-Vertriebskanäle vorübergehend nicht mehr.

Die Brauerei bedauert den Lieferstopp, zeigt sich aber zuversichtlich, dass ihre Produkte bald wieder erhältlich sein werden. Unklar bleibt, ob Feldschlösschen höhere Preise verlangt oder ob Denner nicht mehr bereit war, die bisherigen Einkaufspreise zu zahlen. Der Discounter verweist auf Schilder mit dem Hinweis, man setze sich für tiefere Preise ein, und geht davon aus, dass die «gewohnte Auswahl» bald zurückkehrt. (jaw)